Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10799

27. 05. 98

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (20. Ausschuß)

a) zu dem Antrag der Abgeordneten Armin Laschet, Christian Schmitt (Fürth) und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Günther-Friedrich Nolting, Dr. Irmgard Schwaetzer, Ulrich Irmer, Roland Kohn und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 13/6389 –

Verstärkung deutscher Beiträge zu Krisenprävention und Friedenspolitik

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Uschi Eid, Wolfgang Schmitt (Langenfeld), Dr. Angelika Köster-Loßack, Winfried Nachtwei und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/6713 –

Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit als Beitrag zu einer Politik der Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung

A. Problem

Die Anträge in den Drucksachen 13/6389 und 13/6713 äußern Besorgnis über die weltweite Zunahme von Krisen und Konflikten, deren Ursachen Armut, ethnische und religiöse Gegensätze sowie innerstaatliche Spannungen und Machtkämpfe seien. Sie sehen es als notwendig an, den deutschen Beitrag zu Krisenprävention und Friedenspolitik zu verstärken. Während sich der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 13/6713 vornehmlich mit Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit als Beitrag zu einer Politik der Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung befaßt, behandelt der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. die Problematik weiter gefächert. Insbesondere fordert er eine Verbesserung der Möglichkeiten des Generalsekretärs der VN zur vorbeugenden Diplomatie einschließlich der rechtzeitigen Auswertung und Aufbereitung von Erkenntnissen aus der Früherkennung. Die Regionalorganisationen sollten ver-

stärkt in die Krisenprävention einbezogen werden. Ferner begrüßt der Antrag den Beitrag, den Nichtregierungsorganisationen wie die Organisationen für humanitäre Hilfe, die beiden großen Kirchen und die politischen Stiftungen zur Prävention von Krisen und zur Sicherung des Friedens leisten.

B. Lösung

Der Ausschuß empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS, dem Antrag in der Drucksache 13/6389 als dem umfassenderen Antrag zuzustimmen. Hinsichtlich des Antrags in der Drucksache 13/6713 empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS, den Antrag abzulehnen.

Mehrheitsentscheidung im Ausschuß

C. Alternative

Zustimmung zu dem Antrag in der Drucksache 13/6713 und Ablehnung des Antrags in der Drucksache 13/6389.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag – Drucksache 13/6389 – anzunehmen,

b) den Antrag – Drucksache 13/6713 – abzulehnen.

Bonn, den 28. April 1998

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Manfred Lischewski Vorsitzender	**Armin Laschet** Berichterstatter	**Hans Wallow** Berichterstatter
	Dr. Uschi Eid Berichterstatterin	**Dr. Irmgard Schwaetzer** Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Armin Laschet, Hans Wallow, Dr. Uschi Eid und Dr. Irmgard Schwaetzer

I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. „Verstärkung deutscher Beiträge zu Krisenprävention und Friedenspolitik" – Drucksache 13/6389 – in seiner 151. Sitzung am 16. Januar 1997 federführend an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und mitberatend an den Auswärtigen Ausschuß, den Haushaltsausschuß und den Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit als Beitrag zu einer Politik der Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung" – Drucksache 13/6713 – hat er ebenfalls in seiner 151. Sitzung am 16. Januar 1997 federführend an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und mitberatend an den Auswärtigen Ausschuß, den Verteidigungsausschuß und den Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Den zu dem hier behandelten Sachzusammenhang dazugehörenden Antrag der Fraktion der SPD „Priorität für eine Politik der Zivilen Krisenprävention und Konfliktregelung" – Drucksache 13/6999 – hat der Deutsche Bundestag federführend an den Auswärtigen Ausschuß und zur Mitberatung u. a. an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

Der **Auswärtige Ausschuß** hat über die Anträge in den Drucksachen 13/6389 und 13/6713 in seiner 83. Sitzung am 1. April 1998 beraten. Zur Drucksache 13/6389 hat er mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen. Zur Drucksache 13/6713 hat er mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat über die Anträge in den Drucksachen 13/6389 und 13/6713 in seiner 69. Sitzung am 4. Februar 1998 beraten. Mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS hat er empfohlen, den Antrag anzunehmen. Mit den Stimmen aller Fraktionen hat er empfohlen, die Nummern 3 bis 5 des Antrags anzunehmen. Zur Drucksache 13/6713 hat er mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Verteidigungsausschuß** hat in seiner 55. Sitzung am 16. April 1997 zur Drucksache 13/6713 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuß** hat in seiner Sitzung am 19. März 1998 zur Drucksache 13/6389 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD und gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS empfohlen, dem Antrag zuzustimmen.

Der **Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat zu dem Thema „Konfliktprävention – Ziviler Friedensdienst" in seiner 63. Sitzung am 12. November 1997 eine Anhörung durchgeführt. Dabei kamen als Sachverständige zu Wort: Willi Erl, Deutscher Entwicklungsdienst (DED), Hans Koschnick, Senatskanzlei der Freien Hansestadt Bremen, Dr. Winrich Kühne, Stiftung Wissenschaft und Politik, Dr. Ulrich Popp, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Arno Truger, Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, Heinz Wagner, Forum Ziviler Friedensdienst. Auf das Protokoll zu dieser Anhörung wird verwiesen.

In seiner 71. Sitzung am 1. April 1998 hat der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung über die Anträge abschließend beraten.

Zur Drucksache 13/6389 empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS, dem Antrag insgesamt zuzustimmen.

Bei der getrennten Abstimmung über die Nummern 1 und 2 des Antrags beschloß er mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS, dem Antrag zuzustimmen. Bei der getrennten Abstimmung über die Nummern 3 bis 5 des Antrags wurden diese einstimmig angenommen.

Zum Antrag in der Drucksache 13/6713 empfiehlt der federführende Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS bei einer Stimmenthaltung, den Antrag abzulehnen.

II. Zum Inhalt der Beratungen

Die **Fraktion der CDU/CSU** verwies zu der Thematik „Verstärkung deutscher Beiträge zu Krisenprävention und Friedenspolitik" auf den Inhalt der Drucksache 13/6389 und auf die Ergebnisse der Anhörung im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. In Ruanda und Burundi habe es vor den Krisen Entwicklungszusammenarbeit gegeben, die jedoch nicht das bewirkt habe, was man sich erhofft habe. In anderen Fällen sei als erstes Nothilfe geleistet worden, und erst danach habe die Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt. Die Frage, die sich stelle, sei, ob es noch etwas dazwischen gebe. Der Zivile Friedensdienst habe darauf hingewiesen, daß er das mache, was dazwischen gehöre. Das Ergebnis der Anhörung sei die Erkenntnis, daß es Lücken gebe, daß es Handlungsbedarf gebe. In der nächsten Legislaturperiode werde erneut über das Thema diskutiert werden müssen. Ein weiteres Ergebnis der Anhörung sei gewesen, daß der Zivile Friedensdienst in Fällen wie Ruanda oder Burundi auch Bedenken begegne. Zwar bedürfe es in einem Konflikt wie in Ruanda oder Burundi der Entwicklungszusammenarbeit. Problematisch sei aber in einem solchen Falle, wenn man die Entwicklungshelfer abziehe und zivile Friedenshelfer in den Konflikt schicke, obwohl die Politik dort versagt habe.

Die **Fraktion der SPD** verwies auf ihren Antrag auf Drucksache 13/6999, der gewisse Überschneidungen mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 13/6713 aufweise. Sie habe den Eindruck, daß bis jetzt die Bearbeitung von Konflikteskalation durch Maßnahmen unterhalb der Schwelle einer militärischen Lösung nicht so sehr akzeptiert werde. Mit ihrem Antrag wolle sie darauf hinwirken, daß die deutsche Außenpolitik im nichtmilitärischen Feld einen Kernbereich sieht. Die Entwicklungspolitik solle darauf achten, daß militärische Lösungen nur als Letztes ins Auge gefaßt würden. Früherkennung und Frühwarnung sollten angestrebt werden. Die Bereitschaft zum frühen Handeln sollte damit einhergehen. Prinzipiell gebe es, wenn man die unterschiedlichen Konfliktlagen in der Welt, die heutzutage hauptsächlich innerstaatliche Konflikte seien, sehe, keine Patentrezepte. Es habe sich allerdings gezeigt, daß ein bloßes Beharren auf den bisherigen Instrumenten der Außen- und Sicherheitspolitik zu kurz greife. So sei mit den klassischen Mitteln friedenserzwingender Intervention auf Dauer der komplexen sozialen Dynamik einer eskalierten bzw. bewaffnet ausgetragenen Krise selten beizukommen. Die Fraktion der SPD setze mit ihrem Antrag auf einen umfassenden Sicherheitsbegriff, das heiße nicht nur die Abwesenheit von Krieg sei Frieden, sondern hinzukommen müßten soziale Gerechtigkeit, ökonomische und ökologische Stabilität sowie die friedliche Beilegung von Konflikten. Aus den Konflikten, die man in der Vergangenheit erlebt habe, habe man die Erkenntnis gewonnen, daß von seiten der Forschung noch sehr viel getan werden müsse, damit eine Früherkennung möglich werde, das heiße, es müsse erkennbar sein, wo und wann friedliche Nachbarschaft in Aggression umschlagen könne. Der Fraktion der SPD gehe es darum, daß der Schutz der Menschenrechte, die Demokratisierung und der Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen gefördert und die Entwicklungszusammenarbeit verstärkt werde. Die Fraktion der SPD wolle dem Antrag in der Drucksache 13/6713 zustimmen. Bei der Abstimmung über den Antrag in der Drucksache 13/6389 werde sie sich der Stimme enthalten.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** begrüßte es, daß im Ausschuß über alle Parteiengrenzen hinweg der Krisenprävention eine so große Bedeutung beigemessen würde. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 13/6713 befasse sich hauptsächlich mit der Entwicklungszusammenarbeit und ihrem Beitrag zur Krisenprävention, während die anderen Anträge weiter gefächert seien und deshalb ein größeres Feld abdeckten. Der Antrag in der Drucksache 13/6713 zeige zehn Arbeitsfelder für eine krisenpräventive Entwicklungspolitik auf. Dies seien die Förderung des Dialogs, die Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Partizipation, die Unterstützung des Justizwesens, die Entmilitarisierung, Medien und Kultur, die Förderung regionaler Sicherheitsstrukturen, die Stärkung der Zivilgesellschaft, die Reintegration von Flüchtlingen, die Informationsbeschaffung und -vermittlung sowie Forschung, Bildung und Ausbildung. Der Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union habe durch seine Zustimmung zu dem Antrag zum Ausdruck gebracht, daß diese zehn Arbeitsfelder unumstritten seien. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragte, dem Antrag in der Drucksache 13/6713 zuzustimmen. Bei der Abstimmung über den Antrag in der Drucksache 13/6389 wollte sie sich der Stimme enthalten. Insoweit könne sie den Nummern 3 bis 5, nicht aber den Nummern 1 und 2 des Antrags zustimmen.

Von seiten der **Fraktion der F.D.P.** wird ausgeführt, Krisenherde entstünden aufgrund von unterschiedlichen Nationalitäten, von unterschiedlichen ethnischen Zugehörigkeiten und von sozialen Unterschieden. Dies sei gegenwärtig in einem Ausmaß der Fall, wie dies vor 1990 noch unbekannt gewesen sei. Die Weltgemeinschaft reagiere auf ausbrechende Konflikte in der Regel zu langsam, zu zögerlich und manchmal gar nicht. Das sei in Ruanda und in Burundi so gewesen, und es sei jetzt so in Bosnien. Möglicherweise könne eine weitere Eskalation im Kosovo noch verhindert werden. Hinsichtlich der zehn Arbeitsfelder, die in Drucksache 13/6713 als Schwerpunkte genannt seien, werde lediglich aufgeführt, was bereits etablierte Entwicklungspolitik sei, und zwar mit der Unterstützung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und des Deutschen Bundestages. Der Antrag der Koalitionsfraktionen in der Drucksache 13/6389 beziehe sich mehr auf die internationale Staatengemeinschaft und ihre Aktionsmöglichkeiten und Fähigkeiten. Einig sei man sich über die Fraktionsgrenzen hinweg darüber, daß das Instrumentarium des Generalsekretärs der VN in der Konfliktprävention verbessert werden müsse. Die Regionalorganisationen sollten verstärkt in die Konfliktprävention einbezogen werden. Die OSZE-Missionen insbesondere in verschiedenen Kaukasusstaaten seien gute Beispiele. Entsprechendes gelte für die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU). Die Bundesregierung solle ermutigt wer-

den, dafür Sorge zu tragen, daß im Bereich der Europäischen Union durch die Einrichtung eines besonderen Sekretariates die Krisenprävention an Bedeutung gewinnt. Die Fraktion der F.D.P. beantragte Zustimmung zu dem Antrag in der Drucksache 13/6389.

Von seiten der Bundesregierung wurde ausgeführt, es sei ein Fehler der Staatengemeinschaft, daß man zwar in der Lage sei, große finanzielle Ressourcen für die Beseitigung von Konfliktschäden zu mobilisieren, daß man sich aber schwerer tue, die notwendigen Mittel dafür zur Verfügung zu stellen, daß Krisen vermieden werden. Dies hänge wahrscheinlich auch damit zusammen, daß es im Einzelfall schwer nachzuweisen sei, ob der Ausbruch eines Konfliktes tatsächlich durch einen entsprechenden Mitteleinsatz verhindert worden sei. Man könne aber nachweisen, daß Konflikte ausgebrochen seien, weil Mittel nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt worden seien. Dies mache das Instrument der Krisenprävention so ungeheuer wichtig.

Bonn, den 29. April 1998

Armin Laschet	**Hans Wallow**	**Dr. Uschi Eid**	**Dr. Irmgard Schwaetzer**
Berichterstatter	Berichterstatter	Berichterstatterin	Berichterstatterin

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333